

**VERMERK**

---

Betr.:                **Synthesebericht über die Plenartagung**<sup>1</sup>  
                          –        **am 5. Juni 2003 in Brüssel**

---

**I.    Einleitung**

Der Präsident eröffnete die Tagung, auf der eine Aussprache über Teil I des Verfassungsentwurfs (Titel I bis III und V bis IX), die Protokolle über die Rolle der nationalen Parlamente und über die Anwendung der Grundsätze der Subsidiarität und der Verhältnismäßigkeit sowie Teil IV (Allgemeine und Schlussbestimmungen) stattfand.<sup>2</sup>

**II.   Aussprache**

**1.   Teil I**

Im Zusammenhang mit Titel I - "Definitionen und Ziele der Union" konzentrierten sich die Beiträge insbesondere auf die Artikel I-2 und I-3.

Bezüglich Artikel I-2 über die Werte bestanden mehrere Redner darauf, dass die Gleichheit ebenso wie die Freiheit in der ersten Zeile dieses Artikels genannt werden sollte.

Bei Artikel I-3 über die Ziele betrafen die Beiträge insbesondere Absatz 3. Mehrere Redner forderten die Beibehaltung des Begriffs der Wettbewerbsfähigkeit in diesem Absatz. Darüber

---

<sup>1</sup>    Das wörtliche Protokoll kann auf der Website: <http://european-convention.eu.int> eingesehen werden.

<sup>2</sup>    Dok. CONV 724/1/03 REV 1 und CONV 728/03.

hinaus wünschten zahlreiche Konventsmitglieder, dass die Formulierung über den Umweltschutz und die Verbesserung der Umweltqualität in den Satz über die nachhaltige Entwicklung eingefügt werden sollte. Zahlreiche Konventsmitglieder bedauerten, dass in diesem Artikel die Bekämpfung von Diskriminierung nicht erwähnt wird. Weitere Vorschläge einiger Redner bezogen sich auf die Erwähnung des Verbraucherschutzes und der Leistungen der Daseinsvorsorge in diesem Artikel. Schließlich äußerten einige Konventsmitglieder Bedenken bezüglich der Aufnahme des Begriffs "territorialer Zusammenhalt" und der damit verbundenen Erweiterung der Strukturpolitik.

Die überwiegende Mehrheit der Konventsmitglieder, die sich zu Titel III - "Die Zuständigkeiten der Union" äußerten, zeigten sich einverstanden mit der Auflistung und Definition der in Artikel I-9 enthaltenen Grundsätze, die für die Abgrenzung und die Ausübung der Zuständigkeiten gelten. Einige Konventsmitglieder forderten, dass der Grundsatz des Vorrangs des Unionsrechts umformuliert werden sollte.

Was die Zuständigkeiten betrifft, so war die Mehrheit der Konventsmitglieder einverstanden mit der vom Präsidium vorgeschlagenen Auflistung der Bereiche für die einzelnen Arten von Zuständigkeiten. Einige Konventsmitglieder forderten die Streichung einzelner Bereiche aus bestimmten Arten von Zuständigkeiten - wie zum Beispiel der Energie aus der Liste der geteilten Zuständigkeiten oder des Wettbewerbs aus der Liste der ausschließlichen Zuständigkeiten - beziehungsweise die Hinzufügung einzelner Bereiche, wie zum Beispiel des Fremdenverkehrs in die Liste der Koordinierungs-, Ergänzungs- oder Unterstützungszuständigkeiten.

Bezüglich der Koordinierung der Wirtschafts- und Beschäftigungspolitik beantragten einige Konventsmitglieder, zur Formulierung von Artikel 99 EGV zurückzukehren, nämlich dass die Mitgliedstaaten ihre Wirtschafts- und Beschäftigungspolitik in der Union koordinieren und dass diese die Grundzüge und Leitlinien dieser Politikbereiche erlässt.

Ein Konventsmitglied lehnte die Beschreibung der verschiedenen Arten von Zuständigkeiten der Union in der Verfassung ab.

Die Beiträge zu Titel V - "Ausübung der Zuständigkeiten der Union" betrafen insbesondere die Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik (GASP) und die Gemeinsame Sicherheits- und Verteidigungspolitik. Was das Beschlussfassungsverfahren im Rahmen der GASP betrifft, so wiederholten einige Mitglieder ihren Wunsch, dass die qualifizierte Mehrheit zur allgemeinen Regel erhoben werden sollte, während andere sich dagegen aussprachen, da sie der Ansicht waren, dass die vom Präsidium vorgeschlagenen Änderungen dazu beitragen würden, das Handeln der Union im Bereich der Außenpolitik zu stärken.

Im Hinblick auf die Fragen, die speziell den Bereich der Verteidigung betreffen, wiesen einige Konventsmitglieder erneut auf ihre Bedenken bezüglich der Aufnahme der "engeren Zusammenarbeit" im Bereich der gegenseitigen Verteidigung und der "strukturierten Zusammenarbeit" in die Verfassung hin. Was die strukturierte Zusammenarbeit betrifft, so äußerten einige Konventsmitglieder den Wunsch, dass es diese Möglichkeit zwar geben sollte, aber dass sie im Rahmen der Bestimmungen über die verstärkte Zusammenarbeit bestehen sollte.

Titel VI - "Das demokratische Leben der Union" wurde in relativ geringem Umfang behandelt. Einige Konventsmitglieder schlugen vor, den Wortlaut von Artikel I-46 über die partizipative Demokratie im Hinblick auf den Dialog mit der Zivilgesellschaft oder durch die Aufnahme einer Initiative der Bürger zu verstärken. Einige Konventsmitglieder empfahlen darüber hinaus, den Wortlaut von Artikel I-49 über die Transparenz der Arbeit der Organe der Union im Hinblick auf die Bedingungen für den Zugang zu Dokumenten zu präzisieren. Einige Konventsmitglieder forderten die Streichung von Artikel I-51 über den Status der Kirchen und weltanschaulichen Gemeinschaften.

Bezüglich Titel IX - "Zugehörigkeit zur Union" äußerte sich ein Konventsmitglied für die Herstellung einer Verbindung zwischen dem Recht auf freiwilligen Austritt aus der Union und der Nichtratifizierung einer Verfassungsänderung durch einen Mitgliedstaat. Ein anderes Konventsmitglied lehnte dagegen eine solche Verbindung ab, da sie seiner Auffassung nach einer Ausschlussklausel gleichkäme.

## **2. Protokolle über die Rolle der nationalen Parlamente und über die Anwendung der Grundsätze der Subsidiarität und der Verhältnismäßigkeit**

Die beiden Protokolle wurden von den Konventsmitgliedern begrüßt. Was das Protokoll über die Rolle der nationalen Parlamente betrifft, so schlugen einige Konventsmitglieder vor, den Absatz über die COSAC zu ändern, indem das Gremium in "Interparlamentarische Konferenz" umbenannt und eine detailliertere Beschreibung seiner Funktionen aufgenommen wird. Einige Konventsmitglieder bedauerten, dass in den Protokollen keine direkte Beteiligung der Regionalparlamente, die über gesetzgeberische Befugnisse verfügen, an den darin festgelegten Mechanismen und Maßnahmen vorgesehen ist.

### 3. Teil IV

Die Konventsmitglieder sprachen sich für den Vorschlag des Präsidiums aus, nach dem jede Regierungskonferenz, die mögliche künftige Änderungen der Verfassung billigen soll, in der Regel durch einen Konvent vorbereitet werden soll.

Einige Konventsmitglieder forderten die Möglichkeit, dass die künftigen Änderungen des Verfassungsvertrags nach Ratifizierung durch weniger als die Gesamtheit der Mitgliedstaaten in Kraft treten können (z.B. durch 4/5 der Mitgliedstaaten, die 4/5 der Gesamtbevölkerung ausmachen). Sie sind der Ansicht, dass die obligatorische Ratifizierung durch alle Mitgliedstaaten jede künftige Änderung verhindern würde. Zahlreiche Konventsmitglieder äußerten sich zugunsten der Beibehaltung des derzeitigen Systems (Ratifizierung durch alle Mitgliedstaaten), wie sie vom Präsidium vorgeschlagen werde.

Einige Konventsmitglieder forderten, dass bestimmte Teile des Verfassungsvertrags sowie technische Anpassungen desselben vom Rat mit superqualifizierter Mehrheit ohne Billigung durch die nationalen Parlamente geändert werden können. Ein Konventsmitglied beantragte, dass die Ratifizierung der Verfassungsänderungen durch die nationalen Parlamente von diesen gemeinsam vorgenommen wird.

---

## LA CONVENTION EUROPEENNE

Session plénière jeudi 5 et vendredi 6 juin 2003

LISTE DES ORATEURS*Jeudi 5 juin (15h00)***1. Débat sur:**

- **la partie I (titres I à III et V à IX)**
  - **les protocoles sur le rôle des parlements nationaux et sur l'application des principes de subsidiarité et de proportionnalité**
  - **la partie IV (dispositions générales et finales)**  
docs. CONV 724/1/03 REV 1 et CONV 728/03.
- 

1. M. Olivier DUHAMEL - Parlement européen
2. M. Dick ROCHE - Irlande (Gouvernement)
3. M. Michael FRENDÓ - Malte (Parlement)
4. Mme Maria Eduarda AZEVEDO - Portugal (Parlement)
5. M. Timothy KIRKHOPE - Parlement européen
6. M. Ernâni LOPES - Portugal (Gouvernement)
7. M. Kimmo KILJUNEN - Finlande (Parlement)
8. M. Frans TIMMERMANS - Pays Bas (Parlement)
9. M. Michel BARNIER - Commission
10. M. Rytis MARTIKONIS - Lituanie (Gouvernement)

*carton bleu : Mme Ana PALACIO, M. Olivier DUHAMEL, M. Ben FAYOT*

11. M. Jozef OLEKSY - Pologne (Parlement)
12. M. Elmar BROK - Parlement européen
13. M. Hannes FARNLEITNER - Autriche (Gouvernement)
14. M. Vytenis ANDRIUKAITIS - Lituanie (Parlement)
15. Mme Hanja MAIJ-WEGGEN - Parlement européen
16. M. Hubert HAENEL - France (Parlement)
17. Mme Linda McAVAN - Parlement européen
18. Mme Lena HJELM-WALLÉN - Suède (Gouvernement)
19. M. Erwin TEUFEL - Allemagne (Parlement)
20. M. Puiu HASOTTI - Roumanie (Parlement)
21. M. René Van der LINDEN - Pays Bas (Parlement)
22. Mme Sylvia-Yvonne KAUFMANN - Parlement européen

23. Mme Teija TIILIKAINEN - Finlande (Gouvernement)

24. M. Andrew DUFF - Parlement européen

25. M. Reinhard BÖSCH - Autriche (Parlement)

26. M. Lamberto DINI - Italie (Parlement)

27. M. Alain LAMASSOURE - Parlement européen

28. M. Proinsias DE ROSSA - Irlande (Parlement)

29. M. Jari VILÉN - Finlande (Parlement)

30. M. Pierre LEQUILLER - France (Parlement)

31. M. Edmund WITTBRODT - Pologne (Parlement)

*carton bleu : Mme Gisela STUART, M. Olivier DUHAMEL, Mme Anne van LANCKER*

32. M. Jozsef SZÁJER - Hongrie (Parlement)

33. M. Alberto COSTA - Portugal (Parlement)

34. Mme Cristiana MUSCARDINI - Parlement européen

35. M. Péter BALÁZS - Hongrie (Gouvernement)

36. M. Sören LEKBERG - Suède (Parlement)

37. M. Josef BORRELL - Espagne (Parlement)

38. M. Dominique de VILLEPIN - France (Gouvernement)

39. M. Jürgen MEYER - Allemagne (Parlement)

40. Mme Danuta HÜBNER - Pologne (Gouvernement)

41. M. Dimitrij RUPEL - Slovénie (Gouvernement)

42. M. Göran LENNMARKER - Suède (Parlement)

43. M. Jan ZAHRADIL - Rép. Tchèque (Parlement)

*carton bleu : M. Francesco SPERONI, M. Dick ROCHE, M. Andrew DUFF*

44. M. Algirdas GRICIUS - Lituanie (Parlement)

*carton bleu : Mme Anne van LANCKER*

## **SUPPLEANTS**

45. M. William ABITBOL - Parlement européen

\* suppléant M. Bonde

46. M. Hans-Martin BURY - Allemagne (Gouvernement)

\* Suppléant M. Fischer

47. M. Joachim WUERMEILING - Parlement européen

\* suppléant M. Mendez de

Vigo

48. Baroness SCOTLAND OF ASTHAL - Royaume Uni (Gouvernement)

\* suppléante M. Hain

49. M. Henrik HOLOLEI - Estonie (Gouvernement)

\* suppléant M. Meri

50. Mme Helle THORNING-SCHMIDT - Parlement européen

\* suppléante M. Marinho

- |  |                           |
|--|---------------------------|
| 51. M. Guntars KRASTS - Lettonie (Parlement)           | * suppléant M. Piks       |
| 52. Mme Piia-Noora KAUPPI - Parlement européen         | * suppléante M. Tajani    |
| 53. M. Péter ECKSTEIN-KOVACS - Roumanie (Parlement)    | * suppléant M. Athanasiu  |
| 54. Mme Elena PACIOTTI - Parlement européen<br>Lancker | * suppléante Mme van      |
| 55. M. Jan Jacob VAN DIJK                              | * suppléant M. Timmermans |
| 56. M. Pierre CHEVALIER - Belgique (Gouvernement)      | * suppléant M. Michel     |
| 57. M. Paolo PONZANO - Commission                      | * suppléant M. Vitorino   |
| 58. Mme Neli KUTSKOVA - Bulgarie (Gouvernement)        | * suppléante Mme Kuneva   |
- carton bleu : M. David HEATHCOAT-AMORY, Baroness SCOTLAND OF ASTHAL*

## **OBSERVATEURS**

- M. Joao CRAVINHO - Partenaires sociaux  
M. Roger BRIESCH - Comité économique et social  
M. Emilio GABAGLIO - Partenaires sociaux  
M. Josef CHABERT - Comité des régions  
M. Manfred DAMMAYER - Comité des régions
- M. Giacomo FILIBECK - Président de la Convention des jeunes
-